

**Antrag**

Hannover, den 12.11.2019

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Einhaltung von Tariftreue- und Vergaberichtlinien - Kontrollen intensivieren**

Der Landtag wolle beschließen:

## EntschlieÙung

Der Landtag begrüÙt das Bestreben des Bundes, durch die Bekämpfung von Schwarzarbeit und die Kontrolle des Mindestlohns für Gerechtigkeit und Ordnung am Arbeitsmarkt zu sorgen. Flankierend hält er jedoch auch die vertragliche Kontrolle bei der Ausführung öffentlicher Aufträge für geboten.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Kontrollen durch die Vergabestellen des Landes mit dem Ziel zu überprüfen, den hohen Kontrollerfordernissen stärker gerecht zu werden, und
2. sich an den Bund mit der Bitte zu wenden, die Kontrolle von Mindestentgelten insbesondere auf niedersächsischen Baustellen weiter zu intensivieren.

## Begründung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) und der Landeshaushaltsordnung (Drs. 18/3693) keine Änderung des § 14 NTVergG vor, wonach die öffentlichen Auftraggeber gehalten sind, Kontrollen durchzuführen, um zu überprüfen, ob die beauftragten Unternehmen sowie die jeweiligen Nachunternehmen und Verleihunternehmen die von ihnen im Hinblick auf dieses Gesetz übernommenen vergaberechtlichen Verpflichtungen einhalten. Das betrifft in erster Linie die Verpflichtung, bei Ausführung des öffentlichen Auftrages den eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindestentgelt zu zahlen. Mit dieser Formulierung hat der Gesetzgeber die eindeutige Aussage getroffen, dass ein Mindestmaß an Kontrollen durchgeführt werden muss, denn vertragliche wie gesetzliche Verpflichtungen entfalten nur dann die gewünschte Wirksamkeit, wenn ihre Einhaltung überwacht wird und Verstöße sanktioniert werden.

Daher wird die Landesregierung gebeten, die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Mindestentgeltkontrollen mit dem Ziel einer Intensivierung zu überprüfen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer